

# SWR2 Wissen

## Abgeklemmt: Kein Geld für Strom

Von Richard Fuchs

Erst-Sendung: Montag, 19. September 2016, 8.30 Uhr

Aktualisierte Wiederholung: Montag, 29. Januar 2018, 8.30 Uhr

Redaktion: Gábor Páal

Regie: Richard Fuchs

Produktion: SWR 2016/2018

---

Kein Geld für die Stromrechnung. Zu wenig Bares, um die Wohnung zu heizen. Diese Sätze klingen nicht nach Europa. Dabei gibt es solche Energiearmut bei Menschen in Deutschland.

---

**Bitte beachten Sie:**

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

---

### MANUSKRIFT

*Musik: Spatial Drone*

**O-Ton Collage:**

„Wer keinen Strom mehr hat, bei dem ist klar, dass er wirklich arm ist.“ „Wenn ich sehr wenig Geld habe, dann muss ich mir überlegen: gebe ich das Geld für Energie aus – oder für Lebensmittel.“ „Energiearmut ist die Spitze eines Eisbergs.“

**Ansage:**

Abgeklemmt: Kein Geld für Strom. Eine Sendung von Richard Fuchs

*Atmo: Verbraucherzentrale Mainz*

**Sprecher:**

Mainz, Innenstadt – in den Büros der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz: Energiekostenberaterin Romina Alberti sitzt ein junger Mann gegenüber – Anfang 30. Er wirkt aufgewühlt. Sein volles, schwarzes Haar, sein orangefarbenes Karo-Hemd: Beides vibriert, wenn er immer wieder ruckartig mit den Händen gestikuliert. Der

junge Mainzer mit Migrationshintergrund will anonym bleiben, denn er hat ein Problem: keinen Strom.

**O-Ton Betroffener Mainz:**

Heute Morgen wurde mein Strom gesperrt, ohne dass eine Mahnung, ohne das Dings. Jeder braucht die Energie, Strom. Wie kann man kochen?

**Sprecher:**

Der Mann sorgt sich – um seine Frau, seine zehntonatige Tochter. Die sitzen zuhause, in der kleinen, 47-Quadratmeter-Wohnung. Ohne Kühlschrank, ohne warmes Wasser, ohne Licht – und noch ohne Hoffnung. Seine Frau sei krank, erzählt der Mann der Beraterin. Und er gibt zu verstehen, er braucht Hilfe. Und zwar sofort. Romina Alberti ist seine Hoffnung. Die 28-jahrigke Beraterin der Verbraucherzentrale kümmert sich täglich um Menschen mit Stromschulden – und Stromsperren. Die Frau mit langem, braunem Haar und ruhigem Naturell hört aufmerksam zu, hakt nach ...

**O-Ton Romina Alberti (Energiekostenberaterin):**

Also Sie haben eine Nachzahlung bekommen in Hohke von 700 Euro ... das erste Mal, dass mehr gekommen ist. Betroffener: Normalerweise bezahle ich 45 Euro jeden Monat, aber ich bin den ganzen Tag draußen, weil ich muss arbeiten – und jetzt habe ich keinen Strom.

**Sprecher:**

700 Euro Nachzahlung auf einen Schlag. Inklusivke Sperrgebuhren. Das ist für den Baustellen-Gehilfen und Alleinverdiener mit 1.100 Euro Monatsgehalt nicht zu stemmen. Auch nicht dadurch, dass das Jobcenter sein Gehalt etwas aufstockt.

**O-Ton Betroffener Mainz:**

Ich muss meine Miete zahlen, wenn ich das nicht zahle, geht das auch nicht mehr. Ich muss essen und kann nicht Vögel schießen, in Deutschland ist alles teuer. Ich muss alle Rechnungen bezahlen.

*Musik: Moth in the Jar*

**Sprecher:**

Stromschulden, die binnen weniger Tage zu Stromsperren werden. In Deutschland ist das für viele armutsgefährdete Haushalte Alltag. 2016 – so die letztverfügbaren Zahlen der Bundesnetzagentur – wurde in 330.000 Haushalten der Strom abgestellt. 6,6 Millionen Haushalten wurde eine Sperre von Stadtwerken oder Grundversorgern angedroht. Damit bleiben die Stromsperren auf konstant hohem Niveau. Gegenüber den Vorjahren ist nur ein marginaler Rückgang festzustellen.

Dabei gibt es Stromschulden und Stromsperren nicht nur in armutsgefährdeten Regionen wie dem Ruhrgebiet. Auch im vermeintlich reichen Südwesten Deutschlands – in Baden-Württemberg wie Rheinland-Pfalz – wird der Strom aus Geldmangel immer häufiger abgeklemmt. Schwerpunkte sind hier Mainz, Ludwigshafen, Mannheim und Stuttgart.

Eine Entwicklung, die Andreas Löschel seit Jahren beobachtet. Er ist Professor für Energieokonomie an der Universität Münster. Und er ist gleichzeitig Mitglied DER

Kommission, die im Auftrag der Bundesregierung die Energiewende unabhängig evaluiert. Und wie viele andere Wissenschaftler nennt er das, was er sieht: Energiearmut.

**O-Ton Andreas Löschel (Professor Energiewirtschaft Münster):**

Grundsätzlich würde man von Energiearmut sprechen, wenn Haushalte durch den Konsum von Energie nicht mehr in der Lage sind, ihre anderen Bedürfnisse in ausreichender Form zu decken. Also wenn man hier zu große Einschnitte machen muss, um hier einen angemessenen Energiekonsum sicherzustellen.

**Sprecher:**

Wer zehn Prozent und mehr seines Haushalts-Netto-Einkommens für Heizung und Strom ausgeben muss, der gilt demnach als „energiearm“. Darunter fallen vor allem Empfänger von staatlichen Sozialleistungen, sagt Professor Andreas Löschel. Aber eben nicht nur:

**O-Ton Andreas Löschel:**

Wir haben herausgefunden bei unseren Untersuchungen, dass ein gewisser Teil der energiearmen Haushalte eben nicht Sozialleistungen bezieht. Das heißt, das sind Niedrigeinkommensbezieher, die aber jetzt eben einen großen Anteil ihres Einkommens für Energiedienstleistungen aufwenden müssen. Das ist eine große Gruppe, das ist fast die Hälfte der Energiearmen.

**Sprecher:**

Wirtschaftsboom, ein stabiler Arbeitsmarkt, gesunkene Heizölpreise: Viele Rahmenbedingungen waren zuletzt in Deutschland positiv – und doch: Die Zahl der Strom- und Gassperren verringerte sich nicht. Auch nicht in Mainz, wo Antje Kahlheber seit 2012 die Energiekostenberatung der Verbraucherzentrale leitet. Energiesperren sind ein Warnsignal, sagt sie. Sie zeigen die permanente Überforderung großer Teile der Bevölkerung auf. Und diese Überforderung hat viele Gesichter.

**O-Ton Antje Kahlheber (Leiterin Energiekostenberatung Rheinland-Pfalz):**

Da ist einmal die finanzielle Überforderung, die ist ja auch in aller Munde, hohe Energiepreise und man kann sie nicht zahlen, weil das Einkommen nicht reicht. Aber das ist nur eine Facette. Überforderung heißt ja immer, ich kann nicht reagieren auf die Situation, wie sie ist. Ich kann es nicht bezahlen. Und das kann nicht nur finanzielle Ursachen haben. Das kann auch die Ursache haben, dass mein Verbrauch nicht angemessen ist, dass ich keine Zeit habe, dass ich die Rechnung nicht verstehe, nicht merke, dass da Fehler drin sind, dass ich keine Haushalts- und Planungskompetenzen habe und nicht abschätzen kann, wie viel verbrauche ich eigentlich? Auch Sprache kann eine Überforderung sein. Immer mehr jetzt durch das Flüchtlingsthema haben wir sehr viele Leute, die sprachlich überfordert sind.

**Sprecher:**

Benachteiligte Haushalte müssten eigentlich deutlich besser planen können als jene, die finanziell gut dastehen, sagt Kahlheber. Sie müssten den Energieverbrauch besser kontrollieren, weil sie im Zweifel keine 200 Euro auf der hohen Kante haben.

**O-Ton Antje Kahlheber:**

Und da hakt es eben! Genau diese benachteiligten Haushalte haben diese Fähigkeiten eben oft nicht. Aus verschiedensten Gründen. Krankheit ist da ganz oft ein Thema. Und wir sind eigentlich dafür da, diese Nachteile ein bisschen auszugleichen. Soweit das in unserer Beratung geht. Wir sind stark vernetzt mit verschiedenen Hilfsangeboten auch. Und wir schauen eben: Wo ist in diesem speziellen Fall die Überforderung und kann man hier was machen?

*Musik: Moth in the Jar*

**Beratungsgespräch Romina Alberti in Mainz:**

Hier ist nochmal Alberti von der Energiekostenberatung ...

**Sprecher:**

Energiekostenberaterin Romina Alberti sucht für ihren Klienten eine Lösung. Damit der Strom bei ihm zu Hause schnell wieder fließt, verhandelt sie mit dem örtlichen Energieversorger, sucht Wege, wie die 700 Euro Schulden gestaffelt zurückgezahlt werden können.

Romina Alberti will eine Umschichtung bereits gezahlter Gelder erreichen. Ein erster Schritt. Sie schlägt vor, erst die säumigen Abschläge zu begleichen – und für die ausstehende Nachzahlung anschließend einen Ratenplan zu vereinbaren.

**Beratungsgespräch Romina Alberti in Mainz:**

Betroffener: Ich habe auf meinem Konto 91 Euro. Ich muss warten, bis mein Geld kommt.

Beraterin: Also Sie müssten jetzt noch die Abschläge von 194 Euro bezahlen und können aber nur 90 bezahlen.

Betroffener: Ja, genau.

**Sprecher:**

350 Euro hatte der Mann im vergangenen Monat bereits an den Energieversorger überwiesen. Nach dem Gespräch mit der zuständigen Sachbearbeiterin wendet sich Romina Alberti wieder ihrem Klienten zu.

**Beratungsgespräch Romina Alberti in Mainz:**

Beraterin: Ich habe sie jetzt gebeten, dass sie das umbuchen auf die Abschläge, also dass sie einfach weniger von der Nachzahlung bezahlt haben, aber dafür die Abschläge bezahlt sind. So dass eben auf den Rest dieser Nachzahlung ein Ratenplan vereinbart werden kann. Es ist jetzt so, dass die Dame das jetzt weitergibt. Und sie gibt dann auch den Auftrag, dass es dann auch entsperrt wird. Also ich kann mir vorstellen, dass das dann morgen entsperrt werden könnte.

Betroffener: Okay, das ist gut!

*Musik: Moth in the Jar*

**Sprecher:**

Wer seinem Energieversorger 100 Euro und mehr schuldet, der läuft Gefahr, dass der den Strom abstellt. Als erstes kommt eine Mahnung, dann vier Wochen

Schonfrist. Drei Tage vor der Stromsperre ein letzter Zahlungsaufwurf. Dann kommt der Außendienst, bittet ein letztes Mal um Sofortkasse – sonst ist der Stromzähler zu.

Ist das soziale Kälte? Oder nicht doch ein schmerzhafter, aber notwendiger Weckruf für säumige Zahler? Das ist auch unter Energiekostenberatern umstritten – wie diese Umfrage zeigt.

**O-Ton Claudia Kurz (Energiearmuts-Beraterin):**

Wenn der Strom fehlt, fehlt die Existenzgrundlage. Dann kommt das so einer ähnlichen Notlage gleich, wie wenn man obdachlos wird.

**O-Ton Petra Boer (Energiearmuts-Beraterin):**

Unsere Erfahrung hat uns leider auch gezeigt, dass bei den Verbrauchern erst massive Androhungen kommen müssen, zum Beispiel Sperrandrohungen, bis die sich wirklich in Bewegung setzen.

*Atmo: Mainzer Innenstadt*

**Sprecher:**

Statistisch gesehen hat jeder Zehnte zu wenig Energie zum Leben. Bei alleinerziehenden Müttern und Vätern ist es sogar jeder Fünfte. Doch wer herausfinden will, wie sich ein Leben ohne Strom anfühlt, der trifft auf taube Ohren, verschlossene Lippen. Nach langer Suche findet sich ein Mann, der seine Türe öffnet. Auch er will keinen Namen nennen.

Er wohnt in einem 50er-Jahre-Reihenhaus, der ockerfarbene Putz ist brüchig. Seine Erdgeschosswohnung: dunkel und zugestellt mit schweren, braunen Holzmöbeln. Erst wenige Tage liegt seine Energiesperre zurück. Er ist arbeitslos, hat körperliche Gebrechen durch eine Behinderung. In der Zeit seiner Stromsperre behelf er sich mit einem Stromkabel zur Nachbarwohnung.

**O-Ton Betroffener:**

Ohne gute Freunde ist das heutzutage nahezu unmöglich. Man muss ja zwischenzeitlich mal seine Mails abrufen können, sein Telefon aufladen, warm duschen können. Es ist einfach eine Zumutung.

**Sprecher:**

Für Caren Lay, mietenpolitische Sprecherin der Linkspartei im Bundestag, verbirgt sich hinter den Hunderttausenden von Haushalten ohne Strom eine stille, soziale Katastrophe.

**O-Ton Caren Lay (mietenpolitische Sprecherin der Linkspartei):**

Es ist kein großes Thema in der Öffentlichkeit. Die Menschen, die betroffen sind, die schämen sich auch meistens, darüber zu reden oder auch Hilfe zu suchen, weil Strom so etwas Grundsätzliches ist. Wer keinen Strom mehr hat, bei dem ist klar, dass der wirklich richtig arm ist.

**Sprecher:**

Für sie sind Stromsperrern ein Relikt der Vergangenheit. Weshalb Caren Lay mit der Linkspartei – als einzige politische Kraft in Deutschland – dafür kämpft, Strom- und Gassperrern gesetzlich zu verbieten.

**O-Ton Caren Lay:**

Es wäre schon gut, wenn die Bundesrepublik wenigstens die EU-Richtlinie umsetzen würde, die ja besagt, dass schutzbedürftige Personen, also Alte, Kranke, Menschen mit Kindern, von Stromsperrern ausgenommen werden. Das hat die Bundesrepublik bisher nicht umgesetzt, und das finde ich sehr schade.

**Sprecher:**

Oft kommt viel zusammen, bis es zur Stromsperrern kommt. Eine Scheidung bringt das Leben aus dem Tritt. Die Rente bringt Altersarmut. Ein plötzlicher Jobverlust. Eine Krankheit. Und manchmal überschneidet sich all das. Für Michael Kopatz, Autor des Buchs „Energiewende. Aber Fair!“, ist ein Verbot von Stromsperrern dennoch keine Lösung.

**O-Ton Michael Kopatz:**

Ein Supermarkt verkauft ja auch kein Brot, wenn der Kunde nicht bezahlt. Muss der Kunde zur Tafel gehen oder irgendwas anderes tun. Warum soll ein Energieversorger das machen?

**Sprecher:**

Für den Wissenschaftler vom Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie liegen die Probleme tiefer. Beispielsweise im Abrechnungssystem für Energiekosten. Das ist zu intransparent.

**O-Ton Michael Kopatz:**

Beim Strom ist es momentan so, als hätten Sie ein Vertragshandy, zahlen jeden Monat 20 Euro, und dann bekommen Sie am Ende des Jahres die Abrechnung – je nachdem wieviel Sie in den Monaten überzogen haben. Da würde sofort jeder sagen, das geht gar nicht.

**Sprecher:**

Der Wissenschaftler und Experte für Energiearmut plädiert für mehr Transparenz – und für mehr Optionen für die Betroffenen.

**O-Ton Michael Kopatz:**

Wenn die Versorger einen Guthabenzähler anbieten würden, der ähnlich funktioniert wie ein Prepaid-Handy, also freiwillig, dann können die Haushalte die Kosten voll kontrollieren. Und wissen auch sofort, wenn sie über ein gewisses Limit hinauskommen.

*Musik: Moth in the Jar*

*Atmo: Gespräch Alberti und ihr Klient in Mainz*

**Sprecher:**

Energiekostenberaterin Romina Alberti hat sich in ihrem Gespräch in Mainz daran gemacht, den Ursachen für die Stromschulden nachzuspüren. Wie kam es bei dem jungen Familienvater zu dem deutlich zu hohen Stromverbrauch von 4.000 Kilowattstunden im vergangenen Jahr. 4.000 Kilowattstunden – das ist für so eine kleine 47-Quadratmeter-Wohnung viel zu viel, sagt die Energiekostenberaterin. Fernseher, Kühlschrank und Staubsauger – und selbst die Warmwasserbereitung mit einem elektrischen Durchlauferhitzer: All das kann diesen hohen Stromverbrauch noch nicht ausreichend erklären, sagt sie.

**Romina Alberti und Bertoffener:**

Beraterin: Da müssten wir auf jeden Fall mal schauen, woran das liegt.

Betroffener: Drei, vier Jahre habe ich nicht so eine hohe Rechnung bekommen. Aber dieses Jahr ist es ganz hoch. Vielleicht ist diesen Monat auch, Dachwohnung viel Baustelle. Und da war ein Gerät, das abgetrocknet hat. Dass das Wasser aus der Wand zieht. Jeden Tag 8 Stunden musste das Dings anmachen.

Beraterin: Ah, das kann natürlich sein, dass das dann sehr viel Strom verbraucht. Also wenn solche Geräte mit Strom betrieben werden, sind die immer sehr teuer und das kann das natürlich auch erklären, warum ihr Verbrauch so hoch ist. ...

**Sprecher:**

Der Bertoffene hat Glück – im Unglück. Denn wie sich später herausstellt, muss der Vermieter und die Wohnungsbaugesellschaft für die Mehrkosten durch das Wandtrocknungsgerät aufkommen. Allzu oft ist das jedoch ganz anders.

*Musik: Moth in the Jar*

**Sprecher:**

Auch deshalb hält sich hartnäckig das Vorurteil, dass in ärmeren Haushalten mit mehrheitlich bildungsferneren Bewohnern, Energieverschwender leben. Schlecht isolierte Wohnungen, stromfressende Elektrogeräte, sorgloser Umgang mit Energie inklusive. Antje Kahlheber von der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz hört derlei Zuschreibungen häufig. Bestätigen kann sie diese aber nicht. Im Gegenteil:

**O-Ton Antje Kahlheber (Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz):**

Wir haben von den Menschen, die bei uns waren, auch den Verbrauch geprüft und wir konnten feststellen, dass die Hälfte der Leute einen erhöhten Verbrauch hat oder einen zu hohen. Das heißt aber auch, die andere Hälfte hat einen niedrigen oder durchschnittlichen Verbrauch. Das heißt, das Klischee, dass die Leute mehr Energie als andere verbrauchen, das stimmt nicht.

**Sprecher:**

Ärmere Haushalte verbrauchen im Schnitt ähnlich viel Energie wie reichere. Nur ihre Möglichkeiten, Strom und Geld im großen Maßstab einzusparen, seien geringer, sagt Michael Kopatz vom Wuppertal-Institut.

**O-Ton Michael Kopatz:**

Anders als bei Kleidern oder Brot, bei den Energiekosten hat man relativ wenig Ausweichmöglichkeiten oder Wahlmöglichkeiten. Zum Beispiel kann ein

einkommensarmer Haushalt nicht ohne weiteres den günstigsten Tarif wählen, zu einem überregionalen Anbieter wechseln, der sehr günstig ist, weil er die Bonitätsprüfung nicht besteht.

**Sprecher:**

Für viele Geringverdiener ist damit der Weg in die Energieschuldenfalle vorgezeichnet, sagt Michael Kopatz. Denn wer Sozialleistungen nach Hartz 4 bezieht, der bekommt zwar Wohn- und Heizungsgeld oben drauf. Stromrechnungen muss er oder sie aber vom Hartz-4-Regelsatz in Höhe von 400 Euro selbst begleichen. Ebenso wie mögliche Nachzahlungen und Sperrgebühren.

Viele Wohlfahrtsverbände fordern politische Nachbesserungen. Besonders, weil gerade bei Geringverdienern häufig die Warmwasserbereitung mit den teuren und stromfressenden elektrischen Durchlauferhitzern gemacht wird, sagt der Wissenschaftler.

**O-Ton Michael Kopatz:**

Der Hartz-4-Satz ist einfach nicht so schnell angestiegen wie die Stromkosten. Das ist eindeutig zu belegen und da ist mittlerweile ein ziemlich großes Delta. Und da hält die Regierung sich zurück, weil das extrem teuer ist. Wenn Hartz 4 ein paar Euro angehoben wird, dann macht das ja gleich Milliardenbeträge aus. Aber das wäre notwendig.

*Musik: Moth in the Jar*

**Sprecher:**

Wachsende Armut, anhaltend hohe Strompreise und wenig Ausweichmöglichkeiten beim Energiekonsum – gerade für die Ärmsten: Diese Mischung lässt die Kritik am Ausbau Erneuerbarer Energien nicht verstummen. Denn insbesondere in den vergangenen zehn Jahren sind die Strompreise in Deutschland auf Rekordniveau geklettert. Ist die Energiewende am Ende – sozial ungerecht? Michael Kopatz sagt: Nein.

**O-Ton Michael Kopatz:**

Man darf sich auch fragen, wie teuer wäre der Strom geworden ohne Erneuerbare Energien? Wir hätten ja auch in einen Kraftwerkspark investieren müssen, also ganz viele neue Kohlekraftwerke, wir hätten die Atomkraftwerke sanieren müssen. All das hätte sehr viel Geld gekostet, und es gibt durchaus einige Szenarien, die sagen: Der Strompreis wäre sowieso stark gestiegen.

**Sprecher:**

Professor Andreas Löschel sieht das anders. Er hält die Art und Weise, wie Deutschland bisher den Ausbau des Ökostroms gefördert hat, für problematisch. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat in seinen Augen eine soziale Schieflage produziert, die korrigiert werden muss.

**O-Ton Andreas Löschel:**

Wenn Sie überlegen, welche Kosten kommen durch die Energiewende auf die Haushalte zu, dann sind das einmal zusätzliche Kosten zur Förderung von Erneuerbaren Energien. Für den Netzausbau, zunehmend auch für die Bereitstellung



konventioneller Erzeugung. Und all diese Kosten legen wir über den Strompreis um. Und dieser Strompreis steigt rasant an, hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt.

**Sprecher:**

2017 kostete die Kilowattstunde Strom für Privatverbraucher im Schnitt rund 29 Cent. Nur in Dänemark ist Strom im europäischen Vergleich teurer. 6,88 Cent davon macht 2017 allein die EEG-Umlage am Strompreis aus, mit der Ökostromproduzenten ihren Strom zu fest vereinbarten Preisen für 20 Jahre ins Netz einspeisen können. Finanziert durch die Stromkunden.

Professor Andreas Löschel ist überzeugt: Der Staat muss genauer hinschauen, welche Ökostrom-Technologien er in Zukunft wie und zu welchen Konditionen fördern will.

**O-Ton Andreas Löschel:**

Das würde erst einmal bedeuten, man würde sich überlegen, was sind die günstigsten Erneuerbaren Technologien, die man tatsächlich voranbringen möchte, um unsere Erneuerbaren Ziele auch zu erreichen. Das wäre zum Beispiel Wind an Land, das wäre aber nicht Wind auf der See, eine sehr teure Technologie, die eben auch dazu führen wird, dass die Umlagen für Erneuerbare ansteigen. Und das wird insbesondere die ärmeren Haushalte dann stärker belasten.

**Sprecher:**

Die Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, die im Bundestag im Juli 2016 verabschiedet wurde, hat an dieser sozialen Schieflage wenig verändert. Zwar werden jetzt die Fördergelder für Wind- und Solarkraftwerke per Ausschreibungsverfahren vergeben. Dadurch sollen im Prinzip nur noch die jeweils kostengünstigsten Ökostromprojekte gefördert werden. Der Haken: Aus Prestigegründen hält die Politik an dem für die Stromverbraucher extrem teuren Ausbau der Windparks in Nord- und Ostsee fest. Im Gegenzug wurde beim Ausbau der Windenergie an Land der Rotstift bei der Förderung angesetzt. Also just bei jener Technologie, die mit Abstand den tatsächlich kostengünstigsten Grünstrom für private Stromkunden produziert.

Ein Kurswechsel muss her, sagt Löschel. Statt die Energiewende komplett über den Strompreis zu finanzieren, könnten Teile dieses Zukunftsprojekts auch über Steuern finanziert werden. Das würde den Strompreis stabil halten und damit ärmere Haushalte entlasten.

**O-Ton Andreas Löschel:**

Die Steuern orientieren sich ja am Leistungsfähigkeitsprinzip. Das heißt, jeder wird nach seiner Leistungsfähigkeit herangezogen. Und das ist, denke ich, eine gerechtere Art, wie wir Kosten verteilen als das aktuelle System, wo es eben einzig auf den Stromverbrauch ankommt.

**Sprecher:**

Besonders der Ausbau großer Stromautobahnen von Nord nach Süd wird diese Debatte weiter anfachen. Denn die Stromautobahnen – mit denen Windstrom aus dem Norden in den energiehungrigen Süden transportiert werden soll, erhöhen die

Netzentgelte, die ebenfalls über einen Aufschlag zum Strompreis abgerechnet werden.

2017 setzten steigende Netzentgelte den Strompreis weiter drastisch unter Druck. Zahlreiche Stromversorger kündigten Preiserhöhungen an oder setzen diese bereits um. Nicht zuletzt deswegen, weil sich die im vergangenen Jahr regierende Große Koalition von Union und SPD auf die unterirdische Verlegung von einigen Stromautobahnen geeinigt hatte. Das Verlegen von Erdkabeln – die teuerste aller Optionen. Den Preis dafür zahlen erneut – die ärmeren Haushalte.

*Musik: Moth in the Jar*

### **Sprecher:**

Doch wie kann eine faire und sozial gerechte Energiewende aussehen? Julian Aicher ist überzeugt, den Schlüssel dafür gefunden zu haben. Aicher lebt auf der Rotismühle bei Leutkirch, einem Weiler inmitten der grünen Hügellandschaft des baden-württembergischen Allgäus.

Aicher, ein Endfünfziger mit grauem Dreitagebart, hoher Stirn, Sweater und Jeans, betreibt auf dem Mühlengelände seiner Familie eine Kleinwasserkraftanlage. Ein Wasserrad, das sein Haus zu Zeiten zusammen mit Solaranlage und Holzofen energieunabhängig macht.

Aicher ist überzeugt: Eine sozial gerechte und faire Energiewende gibt es nur, wenn die Vorteile der Erneuerbaren Energien auch direkt bei jedem einzelnen Bürger ankommen. Dazu müsse nicht jeder wie er 100 Prozent Eigenstrom produzieren. Aber:

### **O-Ton Julian Aicher (Sprecher Arbeitsgemeinschaft Wasserkraftwerke Baden-Württemberg):**

Wenn ein Vermieter sagt, ich schraube jetzt Solarzellen auf mein Dach, die in den Räumen drunter den Strom für knapp zehn Cent die Kilowattstunde liefern können, wenn sie mit heutiger Technik da drauf geschraubt werden, dann muss der Vermieter auch berechtigt sein, einen Teil dieser Strompreissenkung an seine Mieter weiterzugeben. Und nicht durch bürokratische Hürden behindert werden, das überhaupt zu machen. Das heißt, Erneuerbare Energien sind billiger, aber die Preise müssen an die Endkunden weitergegeben werden.

### **Sprecher:**

Dass die Preise an der Leipziger Strombörse durch die Erneuerbaren Energien gesunken sind, davon profitieren bislang nur industrielle Großkunden. Sie kaufen ihren Strom hier am Terminmarkt – inzwischen um rund ein Drittel günstiger als noch vor fünf Jahren.

### **O-Ton Julian Aicher:**

Dank Erneuerbaren Energien ist die Stromproduktion insgesamt in Deutschland billiger geworden. Aber die daraus eigentlich logischerweise folgende Preissenkung, die wird nicht an die normalsterbliche Verbraucherin und Verbraucher weitergegeben, sondern die wird mit dem sogenannten Wälzungsmechanismus nur bestimmten großen Verbrauchern zugewälzt, die sonst angeblich gar nicht existieren

könnten, wenn sie die Strompreisgestaltung ähnlich mittragen müssten wie der normale Kunde.

**Sprecher:**

Aichers Forderung, geteilt von Umweltverbänden und Vertretern der Erneuerbaren Energien-Brache: Statt energieintensive Unternehmen von der Ökostromförderung zu befreien, wie es derzeit bei über 2.000 Unternehmen praktiziert wird, sollten die Mehrkosten für die Energiewende fair auf alle verteilt werden. Das könnte die EEG-Umlage für Privatkunden beträchtlich senken, sagt Caren Lay von der Linkspartei:

**O-Ton Caren Lay:**

Wir alle, die Stromverbraucher, aber auch die Steuerzahler, bezahlen im Grunde für die energieintensive Industrie die Stromrechnung mit. Das summiert sich auf fünf Milliarden Euro im Jahr. Wenn wir das nicht mehr tun würden, dann würden viele Menschen diese Entlastung auf der Stromrechnung unmittelbar spüren.

*Musik: Moth in the Jar*

**Sprecher:**

Zurück bei der Verbraucherzentrale in Mainz. Antje Kahlheber sitzt mit ihren Kolleginnen zusammen, zieht Schlussfolgerungen aus dem Projekt „Energiearmut in Rheinland-Pfalz verhindern“. Nebst politischen Veränderungen drängt sie auf ganz praktische Lösungen für ärmere Haushalte. Ziel: Die Überforderung bekämpfen.

**O-Ton Antje Kahlheber:**

Es ist kompliziert geworden, den richtigen Versorger, den richtigen Tarif zu finden, die Kündigungsfristen zu beachten, den Verbrauch richtig einzuschätzen. Der ist auch tendenziell gestiegen.

**Sprecher:**

Deshalb fordert sie eine Art Strom-Transparenz-Gesetz. Darin sollten Versorger gesetzlich verpflichtet werden, Ratenpläne anbieten zu müssen. Bislang geschieht das nur auf Kulanz der einzelnen Unternehmen. Darin sollten Stromversorger zudem verpflichtet werden können, Kunden den günstigsten Tarif zuerst anbieten zu müssen. Und darin sollte geregelt werden, wie Stromsperrern für die Kunden einfacher verständlicher sein können. Ein großes Problem, gerade nach dem Zuzug von vielen Flüchtlingen in den letzten Jahren.

**O-Ton Antje Kahlheber:**

Für viele Leute ist das zu viel, was die Wirtschaft und die Politik an Aufgaben, Lasten und Pflichten immer wieder auf den Verbraucher schiebt. Das muss geregelt werden – fair geregelt werden.

**Sprecher:**

Kahlheber wundert sich zudem, warum der deutsche Staat für die mehreren Millionen Bezieher von Sozialleistungen keine speziellen Konditionen bei Versorgern aushandelt.

**O-Ton Antje Kahlheber:**

Man könnte ja auch mal prüfen, ob der Staat, weil er ja ein Großabnehmer ist, wenn man mal die ganzen Leistungsbezieher zusammenzählt, kein anderer bezahlt so viele Heizkosten wie der Staat an die privaten Haushalte, ob der nicht auch berechtigt wäre, einen Tarif auszuhandeln mit einem Versorger oder mehreren Versorgern. Und dieser Tarif könnte dann je nach Politikrichtung besonders günstig sein, oder er könnte auch Klimaschutzziele mit beinhalten.

*Musik: Stratosphere*

**Sprecher:**

Energiearmut, Ökostrom und eine faire Energiewende: Irgendwie gehört all das zusammen, widerspricht sich, verstärkt sich, läuft verquer – wirkt noch irgendwie unausgereift. Für Andreas Löschel bleibt die Debatte deshalb aktueller denn je. Die größte Wegstrecke der Energiewende liegt noch vor diesem Land.

**O-Ton Andreas Löschel:**

Wichtig ist zu verstehen, dass wer Energiearmut angehen möchte, nicht grundsätzlich die Energiewende infrage stellt, sondern es geht hier wirklich darum, um eine faire Umsetzung der Energiewende, die eben berücksichtigt tatsächlich die Situation der ärmsten Haushalte.

*Musik: Stratosphere*

\* \* \* \* \*

---

**Service:**

SWR2 Wissen können Sie auch als Live-Stream hören im **SWR2 Webradio** unter [www.swr2.de](http://www.swr2.de) oder als **Podcast** nachhören: <http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/wissen.xml>

---

**Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?**

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder [swr2.de](http://swr2.de)